

Antrag des BSA - Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen Intellektueller und KünstlerInnen zum Reformparteitag der SPÖ am 6.&7. Oktober 2018

## **Stärkung des Öffentlichen!**

In Zeiten der Re-Nationalisierung, der Individualisierung, des Rechts des Stärkeren, des ungebremsen Profitdenkens, des Rückzugs ins Private, der Anonymisierung ist es angebracht, das Gemeinsame und das Öffentliche zu stärken!

Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt, Verkehr, Forschung, Kultur und Medien sind klassische Politikbereiche in denen die Öffentlichkeit kausale Interessen hat und sich auch wiederfinden muss. Der öffentliche Bereich ist demokratisch legitimiert, stellt das Gemeinwohl in den Vordergrund und garantiert Versorgungssicherheit, Leistbarkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz sowie die Erfüllung von Qualitätsstandards. Damit sichert er das Mitnehmen der Schwächeren und bietet Angebote für alle.

Im Zuge der Umsetzung des Regierungsprogramms der schwarz-blauen Bundesregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz ist jedoch davon auszugehen, dass diesen Interessen kein hoher Wert beigemessen wird. Die Sozialpartner spielten bislang eine besondere Rolle im Interessenausgleich im Sinne des Gemeinwohls. Deren Bedeutungsverlust und zunehmende Beschneidung wird spätestens mit der Krankenkassenreform deutlich. Den der AUVA aufgezwungenen Sparmaßnahmen werden nicht nur Personal- sondern auch Leistungskürzungen folgen, im nächsten Schritt wohl die dazugehörigen Krankenanstalten privatisiert werden.

Privatisierungen führen zu Personalabbau und Lohnkürzungen. Gemeinsam mit den Kürzungen der Mindestsicherung, Arbeitslosenversicherung, Familienbeihilfe und dem Kinderbetreuungsgeld, der Einführung der 60-Stundenwoche und dem damit zusammenhängenden Ende der Überstundenzuschläge werden für viele bislang selbstverständliche Leistungen finanziell nicht mehr tragbar sein.

Im Sinne des Gemeinwohls muss von einer restriktiven Sparpolitik in jedem Fall Abstand genommen werden. Öffentliche Investitionen erzielen langfristig positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte. Erst jüngst haben wissenschaftliche Forschungen bewiesen, dass ohne Einsatz öffentlicher Mittel wesentliche Innovationen und damit technischer Fortschritt in Verbindung mit steigendem Wohlstand nicht möglich wären. Von Seiten der schwarz-blauen Bundesregierung ist auch nicht zu erwarten, dass Investitionen von privater Hand getragen werden: Unternehmen müssen fortan ihre nicht entnommenen Gewinne nicht mehr investieren, im Gegenteil, die Körperschaftsteuer auf diese Gewinne soll halbiert werden.

Eine sinnvolle und angemessene öffentliche Medienfinanzierung sichert eine unabhängige, qualitätsvolle und kritische Medienlandschaft. Im Speziellen ist für den ORF die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Begehrlichkeiten zentral für eine kritische und differenzierende Berichterstattung von Außenpolitik über Kultur bis Wirtschaft. Ein Leitmedium, das im Dienst des Gemeinwesens steht und sich nicht an der reinen Nachfrage orientiert, ist besonders im Digitalzeitalter für den Motor des Medienstandorts Österreich von hoher Bedeutung.

### **Der 44. Bundesparteitag der SPÖ möge daher beschließen:**

Die SPÖ setzt sich intensiv dafür ein, den öffentlichen Sektor im Sinne des Ausbaus des Gemeinwohls in allen Bereichen der Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt, Verkehr, Forschung, Kultur und Medien zu stärken und tritt klar gegen weitere Privatisierungen auf!